

Gründungsünden

Israel und sein schwieriges Verhältnis zu den Palästinensern



Dr. JOSEPH CROITORU, geb. 1960, ist Autor der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit den Schwerpunkten Naher Osten und Osteuropa.

Joseph Croitoru | **Die Lage der Palästinenser und der Einfluss der Siedler gehören zu den zentralen Problemen, mit denen man sich in Israel auch 60 Jahre nach der Staatsgründung auseinandersetzen muss. Kein Wunder, dass unter israelischen Historikern nach wie vor erbittert darüber gestritten wird. Drei Versuche, Licht ins Dunkel zu bringen.**

Bis heute ist in Israel umstritten, ob die mit der Staatsgründung einhergegangene Vertreibung der Palästinenser nach einem vorgefassten Plan erfolgte. Der israelische Historiker Ilan Pappé hat jetzt ein neues Licht auf diese alte Streitfrage geworfen und mit einem der israelischen Gründungsmythen, wonach die lokale Bevölkerung „freiwillig“ gegangen sei, aufgeräumt. Er ist überzeugt, dass sehr wohl ein Masterplan existiert habe, der eine „ethnische Säuberung Palästinas“ vorsah. In seinem gleichnamigen Buch wertet er neben neuem Archivmaterial auch publizierte Memoiren und Tagebücher der damaligen israelischen Entscheidungsträger in Militär und Politik aus, die er einer neuen Lektüre unterzieht.

Dass ein erheblicher Teil der zionistischen Führung die einheimische arabische Bevölkerung Palästinas seit jeher als Störfaktor gesehen habe, den sie loswerden wollte, wurde längst

von dem arabischen Historiker Nur Masalha nachgewiesen, auf den sich Pappé auch bezieht. Doch dabei, so Pappé, sei es nicht bei der reinen Theorie geblieben. Schon in den dreißiger Jahren sei die palästinensische Bevölkerung vom Nachrichtendienst der Zionisten intensiv beobachtet worden. Mit Hilfe arabischer Informanten habe man alle erdenklichen Informationen gesammelt – von der politischen Einstellung der Dorfbewohner bis hin zur peniblen Dokumentation des Obstbaumbestands. Gleichzeitig hätten die Zionisten ihre Militäreinheiten immer weiter ausgebaut, wozu die Palästinenser deshalb nicht in der Lage gewesen seien, weil ihre Führung während des arabischen Aufstands in den Jahren 1936 bis 1939 von den Briten weitgehend ausgeschaltet worden sei. Bereits beim Wiederaufflammen der Feindseligkeiten nach der Verabschiedung des UN-Teilungsplans für Palästina im November

1947 seien die jüdischen Einheiten in die Offensive gegangen. Ihre immer brutaler werdenden „Vergeltungsaktionen“ gegen palästinensische Dörfer hätten bereits bis Ende des Jahres 75 000 Palästinenser gezielt in die Flucht getrieben.

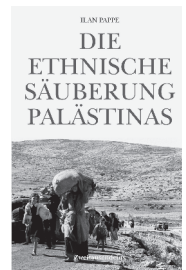
Pappe widerspricht der gängigen Auffassung, die arabischen Länder hätten 1948 Israel überfallen, um es zu vernichten. Seiner Ansicht nach zielte die arabische Militärintervention vielmehr darauf ab, den massiven Vertreibungsaktionen ein Ende zu setzen. Diese hätten mit „Plan Dalet“, von David Ben Gurion und den jüdischen Militärs im März 1948 beschlossen, eine neue Dimension erreicht: Noch vor der Ausrufung des Staates Israel im Mai desselben Jahres sei eine Viertelmillion Palästinenser systematisch vertrieben worden, um immer mehr Territorium für den neu zu gründenden jüdischen Staat zu erobern und den arabischen Bevölkerungsanteil zu reduzieren.

Die Vertreibungen, die bis in das Jahr 1949 angedauert hätten, seien nach einem festen Muster erfolgt. Man habe die palästinensischen Ortschaften von drei Seiten angegriffen, um den Bewohnern einen Fluchtweg freizulassen. „Verdächtige“ seien auf der Stelle erschossen worden, viele Männer seien in Gefangenenlager gekommen, und immer wieder sei es auch zu Massakern an Dorfbewohnern gekommen. Wie Pappe betont, waren die Palästinenser ebenso wie die arabischen Invasionsarmeen der israelischen Armee militärisch unterlegen. Und obgleich die israelische Führung dies gewusst habe, habe Israels Ministerpräsident Ben Gurion das Szenario eines angeblich „drohenden

zweiten Holocaust“ beschworen. Dieser Propaganda, so der Autor, habe die Weltöffentlichkeit geglaubt, was mit ein Grund dafür sei, dass die israelischen Verbrechen an den Palästinensern bis heute nicht als solche gälten und völkerrechtlich geahndet würden.

Pappes Lesart der damaligen Ereignisse als ethnische Säuberung ist – zumal angesichts der gegenwärtigen Lage in Nahost – mehr als ernüchternd, stellenweise aber auch etwas einseitig. Denn der Krieg von 1948 kostete auch 6000 israelischen Soldaten das Leben. Allerdings nehmen die Israelis nach wie vor für sich in Anspruch, Hauptopfer zu sein – unberechtigterweise, wie Pappe zu Recht kritisiert.

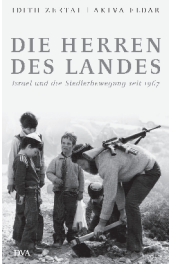
Tom Segev vermied es 1984, als er sein Buch über „die ersten Israelis“ und ihr Verhalten im Jahr 1949 schrieb, sich jenen Kardinalfragen zu stellen, die in Pappes Buch angegangen werden. Gleichwohl ist vieles, was er damals aus Archiven, Erlebnis- und Presseberichten zusammentrug, trotz der um mehr als zwei Jahrzehnte verspäteten Übersetzung ins Deutsche nicht veraltet. Segevs Terminologie spiegelt allerdings den damaligen, noch embryonalen Stand der israelischen Vergangenheitsbewältigung wider; etwa wenn der Autor vom israelischen Unabhängigkeitskrieg – Pappe übrigens meidet diesen Terminus – als einem „unvermeidlichen Krieg ums Überleben“ spricht, der „unversehens zu einem ruhmreichen Eroberungsfeldzug“ geworden sei. Ansonsten jedoch wird in diesem Buch nichts beschönigt. Die ersten Israelis hätten die besiegten und entwurzelten Palästinenser geradezu wie



Ilan Pappé:
Die ethnische Säuberung Palästinas.
Frankfurt/M.:
Zweitausendeins
2007, 413 Seiten,
22,00 €



Tom Segev:
Die ersten Israelis. Die Anfänge des jüdischen Staates.
München: Siedler
2008, 416 Seiten,
24,95 €



Idith Zertal und Akiva Eldar:
Die Herren des Landes. Israel und die Siedlerbewegung seit 1967.

München: DVA
2007, 572 Seiten,
28,00 €

Freiwill behandelt. Vergewaltigungen und Plünderungen seien 1949 ebenso an der Tagesordnung gewesen wie die staatlich organisierte Verteilung palästinensischen Besitzes unter den Israelis. Während Israels neue Einwanderer in die buchstäblich leergeräumten palästinensischen Häuser eingezogen seien, seien der Lebensraum und die Bewegungsfreiheit der in Israel verbliebenen Palästinenser durch die ihnen aufgezwungene israelische Militärverwaltung auf Jahre massiv eingeschränkt gewesen.

Wenig Skrupel habe die damalige israelische Führung auch beim Umgang mit den jüdischen Einwanderern gezeigt, mit denen Ben Gurion Segev zufolge vor allem die Armee stärken wollte. Diese seien in der Diaspora von Mossad-Agenten mit erfundenen Katastrophenszenarien, die sie beim Verbleib in ihren Heimatländern angeblich ereilen würden, eingeschüchtert und so zur Auswanderung gedrängt worden. In Israel angekommen, hätten sie schnell festgestellt, dass es nicht in erster Linie um ihr Wohlergehen ging; stattdessen seien sie zum Spielball im Machtkampf der konkurrierenden Parteien geworden. Vor allem über die bis heute nicht endgültig geklärte Frage, welche Stellung die jüdische Religion im Staat einnehmen soll, wurde seinerzeit von Säkularen und Orthodoxen heftig gestritten, was Segev ausführlich, stellenweise sogar ein wenig zu detailliert beschreibt.

In der säkular geprägten Gründerzeit konnte sich niemand vorstellen, welches politische Gewicht die Religion im Land eines Tages haben würde. Doch glaubt man der Historikerin Idith Zertal und dem Journalis-

ten Akiva Eldar, so ist die israelische Gesellschaft mittlerweile zur Geisel der nationalreligiösen Siedler geworden. Entsprechend lautet der Titel ihres Buches: „Die Herren des Landes“. Es handelt sich jedoch keineswegs um ein Pamphlet, sondern um eine gründlich recherchierte Studie, deren These überzeugt: Die Siedler hätten es seit 1967 mit viel politischem Geschick vermocht, die israelische Politik maßgeblich zu beeinflussen – eine Entwicklung, die nicht nur auf Kosten der Palästinenser gehe, denen immer mehr Boden geraubt werde, sondern auch zu Lasten der israelischen Gesellschaft, die die enormen Kosten der Siedlungen zu tragen habe.

Der Aufstieg der Siedlerbewegung vollzog sich zunächst fast unbemerkt. So stürten sich im Siegesrausch nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 weder die israelische Öffentlichkeit noch der Westen daran, dass im September desselben Jahres eine Gruppe junger religiöser Israelis das im Krieg von 1948 an die Araber verlorene Dorf Kfar Etzion in der frisch besetzten Westbank südlich von Jerusalem wiedergründete. Damit war ein Präzedenzfall geschaffen, der die militanten Nationalreligiösen ermunterte, noch mehr ehemals jüdisch-biblisches Land in der Westbank zu besiedeln. Die ersten Siedler gingen dabei zunächst in kleinen Schritten vor und schufen immer wieder vollendete Tatsachen, die von den unentschlossenen israelischen Politikern schließlich abgesegnet wurden. Zertals und Eldars Erklärung für diese Kapitulation der Politik leuchtet ein: Die mittlerweile betagten Politiker der Arbeitspartei seien von den jungen und idealistischen Sied-

lern nicht zuletzt deshalb eingenommen gewesen, weil sie sich in ihnen wiedererkannt hätten: Seien sie ehemals doch selbst vom zionistischen Ideal der Besiedlung des ganzen Heiligen Landes beseelt gewesen. Diese Schwäche hätten Politiker des Likud

wie Ariel Scharon ausgenutzt, die die Siedlerbewegung aktiv unterstützt und sie so stark hätten werden lassen, dass heute eine Rückkehr zu den Grenzen von 1967 – die die Autoren für dringend notwendig halten – kaum möglich erscheine.

Amerika nach Bush

... und vor Obama, Clinton oder McCain? Bilanzen und Spekulationen

Stephan Bierling | **Noch wenige Monate bis zu den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, kaum länger bis zum endgültigen Ende der Ära Bush. Wer kommendes Jahr ins Weiße Haus einziehen wird, ist derzeit kaum vorherzusagen. Auf dem deutschen Buchmarkt dominieren daher die Analysen der Außenpolitik des scheidenden Präsidenten.**

Die Zeit der hysterischen Bush-Kritik geht zu Ende, nicht länger dominieren die Michael Moores dieser Welt die Büchertische. Nüchternheit und Kompetenz zeichnen auch Peter Rudolfs Analyse der US-Außenpolitik seit 2001 aus. Dabei konzentriert sich der Leiter der Forschungsgruppe Amerika bei der Stiftung Wissenschaft und Politik auf die zwei Zentralregionen Washingtoner Weltpolitik: den Nahen Osten und Ostasien.

Gründlich seziert Rudolf das Gemisch aus Alarmismus, Selbsthypnose und Allmachtsphantasien, mit dem sich die Bush-Regierung selbst in den Irak-Krieg trieb. Auch die Iran- und Palästina-Politik erhält keine guten Noten. Besser schneidet die knapp abgehandelte China-Politik Bushs ab. Hier wird deutlich, dass der auf Einbindung und Eindämmung bauende Ansatz den Unwägbarkeiten der weiteren Entwicklung des Reiches der

Mitte wohl am besten gerecht wird. Das besondere Verdienst des Buches ist es, die Außenpolitik der gegenwärtigen US-Regierung in einen breiteren konzeptionellen Rahmen zu stellen.

Seit dem Irak-Krieg ist „Neokonservatismus“ für viele Bush-Kritiker zu einem Synonym für alles geworden, was bei der US-Außenpolitik im Argen liegt. Der Bonner Politologe Patrick Keller macht es sich nicht so einfach. In seiner Dissertation eruiert er die Herkunft dieser Schule, die Ansichten ihrer wichtigsten Vertreter und vor allem ihren Einfluss auf die amerikanische Außenpolitik im letzten Vierteljahrhundert. Aus einer exzellenten Kenntnis der Literatur heraus zeigt er, wie enttäuschte Linksin-tellektuelle um Irving Kristol, Norman Podhoretz und Jeane Kirkpatrick die beiden Grundstränge der US-Außenpolitik zu einem neuen Gebilde, dem Neokonservatismus, vermischen:

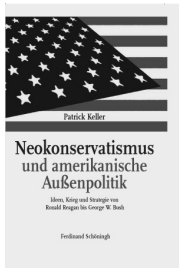


Prof. Dr. STEPHAN BIERLING, geb. 1962, ist Professor für Internationale Politik mit dem Schwerpunkt Transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg.

Internationale Politik und Sicherheit | 41



Peter Rudolf:
Imperiale Illusionen. Amerikanische Außenpolitik unter Präsident George W. Bush.
Baden-Baden: Nomos 2007, 219 Seiten, 29,00 €



Patrick Keller:
Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik.
 Paderborn:
 Schöningh 2008,
 344 Seiten, 29,90 €

den wertebasierten, optimistischen und fortschrittsgläubigen Idealismus und den interessegeleiteten, bellizistischen und nationalstaatsfixierten Realismus. In der Politik finden die Neocons aber lange Zeit kaum größere Resonanz. Reagan spricht zwar ihre Sprache, und sein Antikommunismus, seine Betonung der Überlegenheit des amerikanischen Gesellschaftssystems und seine Politik der Stärke spiegeln die Eckpfeiler neokonservativen Selbstverständnisses. Aber letztlich ist er zu pragmatisch, schränkt der Kalte Krieg den Entscheidungsspielraum der USA zu stark ein, als dass die neue Lehre ungefiltert umgesetzt werden könnte.

Unter Bush sen. und Clinton dominieren dann klassische Realisten und liberale Internationalisten die Außenpolitik, das Häuflein Neocons überwintert bei Think-Tanks wie dem American Enterprise Institute und dem Project for a New American Century. Auch zu Beginn der Regierung Bush jun. läuft es nicht gut für sie, fast alle wichtigen außenpolitischen Posten gehen an Vertreter des Establishments. Erst nach dem 11. September schlägt ihre große Stunde, als Bush ihre Ideen begierig aufsaugt, sich einer Neuordnung der Welt verschreibt und am Irak ein Exempel statuieren will, wie das US-Militär eine Despotie in eine Demokratie verwandelt. Hochmut und die Überschätzung der eigenen Macht diagnostiziert Keller in seinem abgewogenen und urteilsicheren Buch als Grundübel der Neocons. Im Irak zahlen Bürger und GIs dafür einen hohen Preis.

In einen noch breiteren Rahmen als Keller bettet Marcia Pally ihre Analyse der US-Außenpolitik ein.

Nach Bush ist vor Bush, argumentiert die Kulturhistorikerin an der New York University. Warum? Weil es die langfristigen Werte und Überzeugungen der Nation seien, die den Handlungsspielraum für die außenpolitische Elite und den Präsidenten vorgäben und damit den verlässlichsten Indikator für zukünftige Entwicklungen bildeten. Und da sei Bushs missionarische, neokonservative Weltneuordnungspolitik keine Verirrung gewesen, sondern allenfalls eine besonders prononcierte Ausprägung des amerikanischen Exzeptionalismus – der Pflicht Amerikas zur Ausbreitung von Demokratie und Marktwirtschaft.

Am stärksten ist Pally, wenn sie sich auf ihrem Spezialgebiet, der Kulturgeschichte, bewegt. Hier zeigt sie überzeugend, wie Evangelikalismus und Aufklärung, die sich in Europa in Feindschaft gegenüberstehen, in den USA eine Symbiose eingehen und zur Grundlage des Selbstverständnisses der Nation werden. Dagegen sind die langen Passagen über die Umsetzung der exzeptionalistischen Außenpolitik seit Gründung der Republik wenig originell und aus einem verengten Blickwinkel geschrieben. Letztlich hat Washington seine Außenpolitik immer pragmatischer angelegt, als Pally argumentiert. Das trifft selbst auf Bush in seiner zweiten Amtszeit zu.

Barack Obama ist der Shootingstar der US-Wahlsaison. Christoph von Marschall, der Amerika-Korrespondent des *Tagesspiegel*, konzentriert sich im ersten Teil seines Buches auf die eindrucksvolle Lebensgeschichte Obamas. Das ist dem Leser von dessen Autobiografie „Ein amerikanischer Traum“ (rezensiert in *IP* 3/2008) zwar wohl vertraut, aber gut

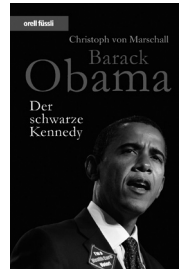


Marcia Pally:
Warnung vor dem Freunde. Tradition und Zukunft US-amerikanischer Außenpolitik.
 Berlin: Parthas
 Verlag 2008, 272
 Seiten, 19,80 €

zusammengefasst. Im zweiten Teil steht Obamas Aufstieg zum Präsidentschaftsbewerber im Mittelpunkt. Hier zeigt von Marschall, wie Obama mit Geschick und Fortune zunächst einen Sitz im Senat von Illinois erobert und 2004 auch die Wahl in den US-Senat gewinnt. Obamas wichtigstes Pfund ist dabei seine unkonventionelle Biografie, die der Botschaft von Hoffnung, Überparteilichkeit und Versöhnung hohe Glaubwürdigkeit verleiht.

Allerdings zeigt sich auch, wie schwierig es ist, Obama mit konkreten politischen Inhalten in Verbindung zu

bringen – zu kurz ist seine Mitgliedschaft im Senat, zu wenig fassbar sind seine Aussagen im Wahlkampf. Von Marschall flüchtet sich deshalb in die Beschreibung der vielen anderen Präsidentschaftsbewerber. Da fast alle aber schon wieder in der Versenkung verschwunden sind, ist das eher von historischem Interesse. Auch wenn der Politiker Obama notgedrungen im Dunkeln bleibt, so erfährt der Leser noch ein pikantes Detail: Dass Obama seine spätere Frau Michelle in einer Anwaltskanzlei kennen lernte – als ihr Praktikant.



Christoph von Marschall:
Barack Obama. Der schwarze Kennedy.
Zürich: Orell Füssli Verlag 2008,
222 Seiten, 24,00 €

Gewalt und Gerechtigkeit

Ein „cum ira et studio“ verfasstes Buch über den Terror und seine Ursachen

Udo Steinbach | Warum töten junge Iraker? Wer ist „Terrorist“, wer „Widerstandskämpfer?“ Wer „führt“ in der „traurigen Bilanz des Tötens“, der „Westen“ oder der „Islam“? Mit unbequemen Fragen und provozierenden Thesen möchte Jürgen Todenhöfer für einen Paradigmenwechsel in der westlichen Wahrnehmung der islamischen Welt sorgen.

„Ohne Gerechtigkeit kann man den Terrorismus nicht besiegen.“ Das ist die zentrale Botschaft dieses Buches. Sie wäre – so zutreffend sie ist – für sich genommen nicht übermäßig aufregend, würde der Autor sie in seinem Bericht nur gleichsam exemplifizieren. Das Anliegen Todenhöfers aber reicht weit darüber hinaus – es geht um einen Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung der islamischen Welt im Westen und in den Beziehungen zwischen beiden.

Die Handlung ist schnell zusammengefasst. 2007 hat sich der Autor in den von den Amerikanern besetz-

ten Irak aufgemacht – nicht „embedded“, sondern allein, nur von einem arabischen Fahrer begleitet. In Ramadi trifft er – wohl vorbereitet – auf eine Gruppe irakischer Widerstandskämpfer. In ihren Erzählungen berichten sie, welche Erlebnisse sie bewogen haben, in den Widerstand zu gehen. Nicht der Hass auf Amerika leitet sie, sondern die Erfahrung der Besatzung; sie töten als Antwort auf das Töten der Besatzungsmacht in ihrem engen Umfeld von Familie und Freunden. Wo liegen Gerechtigkeit und Wahrheit (das Gewicht der Begriffe ist symptomatisch für die starke



Jürgen Todenhöfer:
Warum tötest du, Zaid?
C. Bertelsmann
2008, 335 Seiten,
19,95 €

emotionale Komponente des Buches)? Es sei Teil der Gerechtigkeit, so Todenhöfer, „deutlich zu machen, wo die fundamentalen Unterschiede zwischen Widerstandskämpfern und Terroristen liegen“.

Den Mittelpunkt des Buches bildet ein Abschnitt, der „10:1“ überschrieben ist. Der Irak-Krieg ist für Todenhöfer lediglich ein Kapitel einer seit Jahrhunderten andauernden Aggressionspolitik Europas und der USA gegenüber der muslimischen Welt. Während wir im Westen Gewalt nur auf der Seite der Muslime wahrnehmen, führe der Westen tatsächlich „in der traurigen Bilanz des Tötens mit weit über 10:1“. Einige Beispiele aus der Geschichte sollen diese erste These (von zehn) belegen. Der Leser ahnt, auf welch riskantes Minenfeld sich Todenhöfer hier begibt. Die Schlacht mit historischen „Fakten“ ist eröffnet. Eine offene Flanke bietet der Autor auch mit der dritten These: „Islamisch getarnte Terroristen sind Mörder. Für christlich getarnte Anführer völkerrechtswidriger Angriffskriege kann nichts anderes gelten.“ Also – müssen George W. Bush und Tony Blair wegen ihres auf Lügen gebauten Irak-Kriegs nicht vor ein internationales Strafgericht gestellt werden?

Todenhöfer hat ein radikales Buch geschrieben. Und er hat es mit wahrhaft missionarischem Eifer getan (auf 60 Seiten werden Zitate aus Bibel und Koran zusammengestellt, die zu den Themen Krieg und Gewalt, Frauen und Sklaven belegen, wie nah sich Judentum, Christentum und Islam im Guten wie im Bösen sind). Wohl wissend, wie umstritten seine Aussagen sein werden, hat er einen umfangreichen Anhang von Belegen und Anmerkungen hinzugefügt. Dem Buch ist zu wünschen, dass es nicht von Faktenfuchsern zerredet wird, sondern dass die Kernbotschaft ankommt, die kompromisslos auf die Verständigung von Völkern und Kulturen ausgerichtet ist. Zu diesem Zweck sind im März Zusammenfassungen der Thesen in der deutsch-, englisch- und arabischsprachigen Presse erschienen. Das Buch soll der Geltung der letzten These Todenhöfers den Weg bereiten: Das Gebot der Stunde heiße Staatskunst, nicht Kriegskunst. So ist auch die das Buch abschließende Frage des Autors zu verstehen: „Warum tötest du, George W.?“

Prof. Dr. UDO STEINBACH, geb. 1943, war Direktor des GIGA-Instituts für Nahoststudien. Er lehrt am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien an der Philipps-Universität Marburg.

Europas offene Flanke

„Rückkehr der Geopolitik?“ – die östlichen Nachbarn der EU im Fokus

Christoph Mauntel | **So intensiv wie derzeit standen Russland und der eurasische Raum lange nicht mehr im Fokus. Die russischen Wahlen, der erneut aufflammende Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine sowie die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo sind Ausdruck einer neuen Dynamik. Ein wieder aufgelegter Sammelband schildert die Hintergründe.**

Eine „Rückkehr der Geopolitik“ konstatieren die Politologen Winfried Schneider-Deters, Peter W. Schulze und Heinz Timmermann in der Neuauflage ihres 2005 erschienenen Bandes über die „offene Flanke der EU“. Bei der Gliederung des Bandes bleiben die Herausgeber ihrer These zum Trotz allerdings einer länderweisen Herangehensweise treu.

Den größten Teil nimmt die Analyse Russlands von Schulze ein. Vor dem Hintergrund des Niedergangs in den neunziger Jahren erläutert er, wie Putin zwei Tendenzen der Ära Jelzin, die Stärkung der Regionen und Privatisierungen zugunsten der Oligarchen, zu einer „Vertikalen der Macht“ umbaute. Unterstützt von günstigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen gelang ein beeindruckender Stabilisierungsprozess, bei dem man allerdings, so Schulze, demokratische Ideale hintangestellt habe.

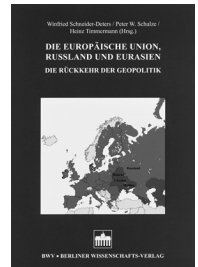
Eine Brücke zwischen Russland und der EU könnte aufgrund ihrer Spaltung in den eher russisch geprägten Südosten und einen stärker westlich orientierten Teil die Ukraine darstellen, meint Schneider-Deters. Für eine solche Mittlerrolle sei jedoch ein Integrationsangebot der EU nötig, das über die Europäische Nachbarschaftspolitik hinausgeht. Nur die Perspekti-

ve einer EU-Mitgliedschaft könne der Ukraine den nötigen Rückhalt geben, um die Hürden für notwendige Reformen zu überwinden. Die ukrainische Innenpolitik sieht Schneider-Deters durch die Führungsschwäche von Präsident Juschtschenko bei gleichzeitiger exzessiver Personalisierung der Politik geprägt, die auch die Präsidentschaftswahlen 2009 prägen würden.

In weiteren Kapiteln wird die Lage in Weißrussland, Moldau, dem Südkaukasus und in Zentralasien beschrieben. Die Beiträge sind durchweg auf hohem Niveau und informativ, allerdings teilweise zu deskriptiv. Die behauptete Rückkehr der Geopolitik wird leider nicht durch Argumente belegt. Tatsächlich geografisch und nicht individuell-staatlich angelegt sind nur die letzten Kapitel, von denen Reinhard Krumms Darstellung einer deutschen Sicht auf Zentralasien herausragt.

So bietet der Band weniger einen Gesamtblick auf eine sehr dynamische Region als durchaus lesenswerte, in sich abgeschlossene Analysen einzelner Staaten. Damit bleibt er jedoch hinter seinen eigenen geopolitischen Ambitionen zurück.

CHRISTOPH MAUNTEL, geb. 1983, ist Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Heidelberg.



Winfried Schneider-Deters, Peter W. Schulze und Heinz Timmermann (Hrsg.):
Die Europäische Union, Russland und Eurasien. Die Rückkehr der Geopolitik.
Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag 2008, 656 Seiten, 59,00 €